

PETER BIRKE

Socialistisk Venstreparti – eine linkssozialistische Partei in Norwegen

Für die Analyse der Socialistisk Venstreparti muss zunächst auf die spezifischen Entwicklungsbedingungen im Land eingegangen werden.

Norwegen ist flächenmäßig einer der größten Staaten Europas, mit einem Abstand von über 3000 km von Oslo bis zur Grenze nach Russland, die Bevölkerungsdichte ist weit niedriger als in den meisten europäischen Ländern. Die Zentren des Landes liegen weit auseinander, neben dem Großraum Oslo, der mit Bærum etwa 900 000 Einwohnern hat: Bergen (220 000), Trondheim (150 000) und Stavanger (110 000), gibt es keine Stadt, die mehr als 100 000 Einwohner zählt. Das Land hat insgesamt 4,5 Millionen Einwohner, trotz seiner Größe also weniger als Dänemark und Schweden.

Das Wachstum der städtischen Ballungsräume bei – einer zunehmenden Entvölkerung des Nordens – hat die Ungleichheit der politischen und ökonomischen Entwicklung innerhalb des Landes seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verschärft. Das politische Zentrum Oslo liegt – als ehemalige Verwaltungshauptstadt der dänischen und schwedischen Oberherrschaft – im äußersten Süden des Landes. Die Bedeutung von Subzentren, lokalen Traditionen und Konflikten ist verhältnismäßig stark.

Ausdruck davon ist nicht nur die Existenz einer Urbevölkerung im Norden (Samen), sondern auch die späte Entwicklung des Nationalstaates: Die Existenz zweier Sprachen (der alten kolonialen Verwaltungssprache Bokmål und des »Neunorwegischen« Nynorsk) erinnert an diesen Umstand.

Die Entwicklung Norwegens hat einige Autoren, mit einem in diesem Zusammenhang problematischen Begriff, von einem »peripheren Kapitalismus« sprechen lassen (hierzu und zu Folgendem vgl. PAX 1978). Tatsächlich ist die bürgerliche Klasse in Norwegen lange zersplittert gewesen. Bis in die 1940er Jahre war die norwegische Industrie vor allem auf Grundlage der natürlichen Ressourcen des Landes (Wasserkraft, Holzwirtschaft) entwickelt und ihr Kapital befand sich zu großen Teilen im Besitz schwedischer und englischer Investoren. Zugleich war die Differenz der Interessen zwischen der Exportwirtschaft und den für einen regionalen Markt produzierenden Erzeugern ausgeprägter als in anderen westeuropäischen Ländern. Die Phase der Regierungsmacht der Den Norske Arbeiderparti (DNA), die 1935 begann, 1941-1945 durch die brutale deutsche Besatzungsherrschaft unterbrochen, führte nach 1945 zu einer Regulierung der industriellen Neuansiedlungen durch den Staat (vgl. Kjeldstadli/Keul 1973, 95-

Peter Birke – Jg. 1965, Historiker, promoviert z. Z. an der Universität Hamburg mit einer Arbeit zur Geschichte der »wilden Streiks« in der Bundesrepublik und in Dänemark zwischen 1967 und 1973. Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Wir sind die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts«. Rechtsparteien in Dänemark, Heft 156 (Oktober 2003).

Der Autor hat im Januar 2004 die Studie »Skizze zur Politik der norwegischen Linksparteien: Socialistisk Venstreparti und Rød Valgalliance« vorgelegt, die er im Auftrag des Bereichs Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellt hat. Der Beitrag veröffentlicht Auszüge zur Socialistisk Venstreparti. – Red.

127). Die Entwicklung einer chemischen Industrie, der »Werkstatt-industrie« (Metallsektor) einerseits, aber auch der industriellen Landwirtschaft und der Fischerei, die bis Anfang der 1970er Jahre besonders im Norden noch eine entscheidende Bedeutung hatten, wurde de facto staatlich organisiert und reguliert. Der Ausbau eines universalistischen Wohlfahrtsstaates integrierte zugleich insbesondere die Gewerkschaftsverbände der Privatindustrie in einen historischen Kompromiss, dessen Basis der Ausbau der industriellen Produktion, eine umfangreiche Rationalisierung aller Lebensbereiche und die bestimmende Rolle des Staates in der Gesellschaft war. Bis in die 1970er Jahre wurden Volksrente, Arbeitslosenversicherung und andere soziale Leistungen auf der Grundlage von Rechtsansprüchen und Steuerfinanzierung ausgebaut. Die Expansion des öffentlichen Dienstes brachte bis 1980, etwas später als in Dänemark und Schweden, die Erhöhung der Frauenerwerbsquote weit über den westeuropäischen Durchschnitt. Die Ölfunde seit Ende der 1960er Jahre machten Norwegen nicht nur zum drittgrößten Ölexporteur der Welt, sondern auch zu dem Laand auf Platz 1 der UNDP-Liste über den Ausbau der Sozial-, Gesundheits- und Ausbildungssysteme (UNDP 2002). Auch die Erschließung der Ölvorkommen ist vor allem eine staatliche Aufgabe gewesen: Alleine der norwegische Staat war als größter Kapitalist in der Lage, die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Aber anders als in anderen Ländern war *Statoil*, bis vor wenigen Jahren ein staatliches Unternehmen, zugleich einer der Hauptprofiteure der Ölfunde. Der *Ölfonds* ist noch heute eine der wichtigsten Einkommensquellen des Staatshaushalts.

Die norwegischen Linksparteien (neben der SV vor allem noch die RV – Rød Valgalliance) sind also mit einem Kapitalismus konfrontiert, der in noch größerem Maße als in anderen europäischen Ländern staatlich reguliert war. Eine der großen Herausforderungen der Politik dieser Parteien besteht heute jedoch darin, dass sie auf eine Situation reagieren müssen, in der derselbe Staat entscheidender Träger der Deregulierungspolitik ist. Ähnlich wie in Dänemark ist auch in Norwegen die DNA in den 1990er Jahren für den Durchbruch zur Privatisierungspolitik verantwortlich gewesen (vgl. Birke, 2003/1). Auch die Umorientierung zu einer »aktivierenden Sozialpolitik« hat die DNA zu einer Zeit vollzogen, als man in der bundesdeutschen Sozialdemokratie noch nicht genau wusste, was mit »Aktivierung« gemeint ist. Insgesamt ist die norwegische Sozialdemokratie der wichtigste Akteur der »zweiten Welle« neoliberaler Reformen in den 1990er Jahren gewesen und hat sich damit zugleich vom der egalitären Politik verabschiedet, die die norwegische Nachkriegsgesellschaft geprägt hat. Obwohl diese Tendenzwende in ein dichtes Netz tripartaler Absprachen – im Rahmen der Politik der sogenannten *Solidarischen Alternative* – eingewoben war, hat die DNA ihre hegemoniale Stellung im norwegischen Parteiensystem verloren, nachdem die soziale Basis der Partei sich in den vorigen Jahren fluchtartig nach rechts (zu den Populisten) und nach links (zur SV) verabschiedet hat.

Die vier im Parlament vertretenen alten bürgerlichen Parteien sind in diesem Muster einerseits lange nichts weiter gewesen als potenzielle Juniorpartner der DNA, andererseits sind sie wie überall in

1 Im Gegensatz zu anderen skandinavischen Ländern und parlamentarischen Systemen gibt es für das norwegische Ein-Kammern-Parlament keine Bestimmung, die während der Legislaturperiode Neuwahlen ermöglicht, falls eine Regierung nicht mehr die notwendige Mehrheit hat. Bereits nach dem Fall der absoluten Mehrheit der Sozialdemokratie (1965) waren deshalb Minderheitsregierungen in Norwegen die Regel. Meistens wurden diese Regierungen von der DNA gestellt, mit wechselnden Zusammenarbeitspartnern je nach Sachfrage. Die Bestimmung, dass während der Legislaturperiode zwar eine neue Regierung eintreten, aber keine Neuwahlen durchgeführt werden können, hat einerseits die auch anderswo in Skandinavien vorfindbare Tendenz zur Konsensdemokratie bestärkt – die bis zur Zusammenarbeit zwischen (rechtspopulistischer) FrP und SV in Lokalparlamenten reicht, eine Konstellation, die in den meisten anderen europäischen Ländern sicherlich undenkbar wäre. Andererseits stellt sie ständig die Legitimität der aktuellen Regierung in Frage, zumal die Wahlbeteiligung in den letzten Jahren eine sinkende Tendenz aufweist.

2 Eine im Auftrag der Tageszeitungen Klassenkampfen, Nationen und Dagen durchgeführte Meinungsumfrage ergab im November 2003 folgendes Resultat (in der Klammer das Resultat der letzten Stortingwahl): Die potenziellen Koalitionsparteien einer Mitte-Links-Koalition erhielten: DNA: 25,7 Prozent (24,3), SV 19,7 (12,5), SP (Senterparti) 5,6 (5,6), ins-

Skandinavien stark zersplittert: Die seit 2001 regierende bürgerliche Koalition unter Kjell-Magne Bondevik profitiert vor allem von der Schwäche der DNA.

Allerdings ist die norwegische Parteienlandschaft seit dem Abgang der sozialdemokratischen Regierung Stoltenberg im Jahre 1997 (im Grunde seit dem Rücktritt Gro Harlem Brundtlands 1996) von einer bisher ungekannten Instabilität geprägt. Diese Instabilität drückt sich unter anderem darin aus, dass bei den Haushaltsberatungen alljährlich neu die Machtfrage gestellt wird.¹ Während die ersten Haushalte der seit 2001 amtierenden bürgerlichen Regierung durch ein Abkommen mit der rechtspopulistischen Volkspartei zustande gekommen sind, gab es 2003 einen Kompromiss, der im wesentlichen von den Konservativen (der »Rechtspartei« Høyre, die die meisten Minister stellt) und der DNA ausgehandelt wurde.

Die derzeit regierenden bürgerlichen Parteien – *Høyre*, *Venstre* und *Kristelig Folkeparti* – haben zusammengekommen weder eine parlamentarische Mehrheit noch die Mehrheit der Stimmen bei Meinungsumfragen: Sie lagen im ganzen Jahre 2003 bei nicht mehr als 25 Prozent. In der Opposition befindet sich die DNA, die derzeit etwas über 25 Prozent der Stimmen erwarten kann, die FrP, die nach Meinungsumfragen ungefähr bei 20 Prozent liegt, zeitweise aber die Sozialdemokratie als stärkste Partei abgelöst hatte, und die SV, die etwas unter 20 Prozent liegt und in einigen Meinungsumfragen zur DNA aufschließen konnte sowie die alte Bauernpartei (Senterparti) mit etwa 6 Prozent.² Seit der Landeskonferenz im Vorfeld der Stortingwahlen von 2001 spricht sich die SV für die Regierungsalternative einer Koalition zwischen SV, SP und DNA aus.

Zur Geschichte der Sosialistisk Venstreparti

Anfang der 1960er Jahre trat die »sicherheitspolitische Opposition« der DNA um die Wochenzeitschrift *Ny Tid* (»Neue Zeit«) aus der Partei aus und bildete die *Sosialistisk Folkeparti* (SF). Norwegen war bereits 1949 in die NATO eingetreten und die norwegische Sozialdemokratie praktizierte danach eine stark pro-amerikanische Außen- und Verteidigungspolitik. Die neu gebildete SF plädierte für eine norwegische Neutralität in der Blockkonfrontation, lehnte das Wettrüsten ab, während sie innenpolitisch für eine Weiterentwicklung des Wohlfahrtsstaates und der staatlichen Ökonomie hin zu einem »demokratischen Sozialismus« eintrat (www.sv.no/hvem). Im Unterschied zu Schweden, wo sich die Linkspartei erst in den 1970er Jahren einem eurokommunistischen Kurs annäherte (Schmidt 2003, auch: Brie 2003), kannten sowohl Norwegen als auch Dänemark bereits in den 1960er Jahren Parteien des »Dritten Wegs«, die als solche eher mit den der linkssozialistischen Tradition im Italien der 1950er Jahre vergleichbar waren als mit der eurokommunistischen Bewegung der 1970er Jahre (vgl. auch Birke 2003/2, Abschnitt 2). Im Unterschied zu Italien kam es aber weder in Dänemark noch in Norwegen zu einer Regierungsbeteiligung der Parteien der »Neuen Linken«. Am Ende der 1960er Jahre zerfiel die SF in Norwegen zunehmend aufgrund interner Konflikte. Im Zuge der neuen Jugendbewegung spaltete sich 1969 die Jugendorganisation SUF (Sosialistisk Ungdoms Front) von der SF ab – vergleichbar mit der Entwicklung

der *Venstresocialisterne* in Dänemark als »Partei der Studentenbewegung« nach 1968 (vgl. Birke 2003/2, Abschnitt 2).³ Ebenfalls im Jahre 1969 verlor die SF ihre Sitze im norwegischen Parlament.

Die Neukonstituierung einer sozialistischen Linkspartei in Norwegen ist vor dem Hintergrund des Kampfes gegen die Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Gemeinschaft zu sehen. Im Jahre 1972 entwickelte sich in Norwegen eine breite Volksbewegung gegen den Beitritt, die im Unterschied zu Dänemark auch bürgerliche Kräfte, Organisationen der Landwirtschaft, kirchliche Gruppen etc. umfasste (vgl. die sehr gute Darstellung in Kjeldstadli 1997). Ebenfalls im Unterschied zur dänischen Entwicklung gelang dieser Bewegung bei der Volksabstimmung um die Mitgliedschaft ein äußerst überraschender Erfolg. Im Jahr nach der Abstimmung bildete sich aus SF, Vertretern der Norwegischen Kommunistischen Partei und der linken Opposition in der ansonsten EG-freundlichen DNA die »Sozialistische Wahlallianz«. Bei den Parlamentswahlen des Jahres 1973 konnte dieses Bündnis rund 10 Prozent der Stimmen erreichen – und damit dem linken Widerstand gegen die EG auch eine parlamentarische Stimme geben. 1975 wurde das Wahlbündnis zur »Sozialistischen Linkspartei« umgewandelt – wobei die meisten Vertreter der NKP diesen Schritt nicht akzeptierten und aus der Zusammenarbeit austraten. In den folgenden Jahren stabilisierte sich die neue Partei bei zwischen 5 Prozent und 7 Prozent der Stimmen in den zentralen und regionalen Wahlen, wobei sie ihren sozialen Schwerpunkt in den Groß- und Mittelstädten sowie unter den Beschäftigten des expandierenden öffentlichen Dienstes hatte. In der Phase der »Solidarischen Alternative« zwischen 1993 und 1997 verlor die Partei kontinuierlich an politischem Einfluss – ihre jüngsten Erfolge sind nicht ohne den Bruch mit der sozialdemokratischen Politik der »Stabilisierung« und des »aktivierenden Sozialstaates« zu begreifen.

Die Sosialistisk Venstreparti heute

Bereits unmittelbar vor der letzten Stortings-Wahl beschloss die alljährlich stattfindende Parteikonferenz (Parteitag) der SV, eine Regierungszusammenarbeit mit der DNA und der links-liberalen Senterparti (SP, ehemalige Bauernpartei) anzustreben. Ebenfalls im Jahre 2001 verabschiedete die Partei ein neues Arbeitsprogramm. Auf der Konferenz des Jahres 2003 im nordnorwegischen Tromsø, die in einer – offenbar durchaus ungewöhnlichen – »sehr konstruktiven und geradezu gemütlichen Atmosphäre« stattfand (Tromsø Avis, 10. März 2003) wurde ein kommunalpolitisches Perspektivprogramm verabschiedet, das auf der Homepage der Partei in einer englischen Zusammenfassung zu lesen ist (www.sv.no/hvem).⁴ Die zentrale Parteileitung⁵ besteht seit vergangenem Jahr aus drei Frauen und einem Mann: Kristin Halvorsen (Vorsitzende seit 1997), Øystein Djupedal, Henriette Westhrin und Bård Vegar Solhjell.

Der Optimismus, der die Parteikonferenz vom Frühjahr 2003 prägte, ist mittlerweile nicht mehr ganz ungebrochen. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom September 2003 bestätigten die optimistischen Meinungsumfragen nicht: Zwar erreichte die SV mit im Landesdurchschnitt etwa 13 Prozent der Stimmen das beste Er-

gesamt wären das 91 von 150 Sitzen. Die Regierungsparteien erhielten: Høyre 14,8 (21,2), Kristelig Folkeparti 6,7 (12,4), Venstre 2 (3,9), insgesamt 25 Prozent oder 38 Sitze. FrP-Rechtspopulisten: 22,3 (14,6). Die RV erhielt 1,2 Prozent (1,2) und wäre nicht vertreten (Nationen, 13. 11. 2004). Die Tendenz der Meinungsumfragen hat sich über das ganze Jahr 2003 gehalten, mit einem Hoch für die SV in der Zeit der Massendemonstrationen gegen den Irak-Krieg.

3 Die SUF ist heute der der SV nahe stehende Jugendverband – innerhalb der Partei am linken Flügel angesiedelt, außerhalb der Partei ein »revolutionärer, marxistischer Jugendverband«: www.su.no.

4 Übersetzung der Zitate – P. B.

5 Die »Sentralstyret« (Zentrale Leitung) ist die Parteileitung zwischen den Sitzungen des höchsten Organs der Partei, dem »Landsstyret« (Landesleitung).

gebnis ihrer Geschichte – bei einer Wahlbeteiligung von nur etwas mehr als 50 Prozent –, die Hoffnung, in etlichen Städten die Sozialdemokratie zu überholen, wurde jedoch nur in einigen Fällen, meistens in mittleren Städten, eingelöst. Obwohl diese Wahlen stärker vom Einsatz bekannter Persönlichkeiten abhängen und durch gemeinsame Listen mit der RV und anderen Gruppen sowie durch in einigen Gegenden starken Lokallisten (wie z. B. der »Kystpartiet« an der Westküste) Verschiebungen zu berücksichtigen wären, geben die Resultate einen gewissen Einblick in die Hochburgen der SV: in Rana (Nordland) erreichte die SV 40 Prozent der Stimmen bei einem Stimmenzuwachs von 20 Prozent, in Namsos erreichte die Partei 35,9 Prozent, in Tromsø 22,3 Prozent, in Oslo 20,3 Prozent und in Trondheim 17,7 Prozent (www.resultat.valg.no). Eine Enttäuschung war dagegen aus Sicht der SV und der parlamentarischen Linken insgesamt, dass es in Oslo nicht gelang, den Block der bürgerlichen Parteien durch ein, von den großen Gewerkschaften stark gefördertes Bündnis der drei Linksparteien abzulösen: Der Versuch scheiterte denkbar knapp – an einem Mandat –, aber er scheiterte. Auch das Angebot an die Kristelige Folkeparti, in einer Koalition mit den beiden großen Linksparteien den Oberbürgermeister zu stellen, änderte nichts an der Konstellation (VG, 1. Oktober 2003). Insgesamt kann die SV seit den Lokalwahlen in ca. zehn Kommunen die erste Bürgermeisterin oder den ersten Bürgermeister stellen. Die Rechtspopulisten, neben der SV der zweite große Sieger der Wahlen, konnten sich in ungefähr zwanzig Kommunen durchsetzen.

Die SV besitzt nach eigenen Angaben heute rund 750 Vertreterinnen und Vertreter in Kommunal- und Regionalparlamenten und 23 Repräsentanten im Storting. Rechnet man den Apparat dazu, der notwendig ist, um eine solche Zahl von Parlamentariern zu betreuen, dann ist klar, dass der Schwerpunkt der SV heute auf Parlaments- und Öffentlichkeitsarbeit liegt. Denn trotz einer langsam wachsenden Mitgliederzahl ist die SV noch eine verhältnismäßig kleine Partei: Anfang 2003 hatte sie ca. 8000, am Ende des Jahres ca. 10000 Mitglieder.⁶

6 Zum Vergleich: Die DNA hat nach eigenen Angaben etwa 70000, ihr Jugendverband (AUF, Jugendfront der Arbeiterbewegung) 7000 Mitglieder.

Nach den auf der Webseite vorliegenden Informationen zu urteilen, hat die SV keinen den deutschen Parteienstiftungen vergleichbaren Stiftungsverband. Der SOF, der Aufklärungsverband der SV, ist im wesentlichen für interne Schulungen der SV-Mitglieder zuständig und betreibt soweit ersichtlich fast keine Arbeit, die außerhalb dieses Rahmens wirksam ist. Ähnliches gilt übrigens für die RV.

7 Anders als in den Texten der SF und der EL in Dänemark (vgl. Birke 2003, 2, Abschnitt 3 und 4).

Das Arbeitsprogramm der Sosialistisk Venstreparti

In öffentlich leicht zugänglichen programmatischen Aussagen der SV wird man grundsätzliche Erörterungen über »den Sozialismus«, das Scheitern des Staatssozialismus, die Geschichte der kommunistischen Parteien etc. nicht finden. Die spezifische norwegische Entwicklung zeichnet sich damit durch ein Muster aus, das von den anderen skandinavischen Staaten abweicht⁷:

1. Im Unterschied zu Schweden und Dänemark zerfiel die NKP bereits in den 1960er Jahren.
2. Die Linksparteien entstanden aus einer militanten Tradition innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung.
3. Die neuen sozialen Bewegungen Anfang der 1970er Jahre hatten eher als in anderen Ländern einen Charakter von »Volksbewegungen« und waren weniger linkspolitisch geprägt (und u. a. deshalb kurzfristig »erfolgreicher«).
4. Die SV ist eine Partei, die auf der Grundlage der neuen Bündnis-konstellationen der 1970er Jahre entstanden ist.

Das Arbeitsprogramm der SV ist entsprechend pragmatisch. Im Impressum heißt es: »Die SV ist eine sozialistische Partei mit einer Vision einer Gesellschaft ohne Klassenunterschiede und Ungerechtigkeit. Wir wollen eine grundlegende Änderung der bestehenden Gesellschaft erreichen (Seite 3)«. ⁸ Damit ist beinahe alles über grundlegende gesellschaftliche Alternativen gesagt. Die verbleibenden zwölf Abschnitte und 90 Seiten des Arbeitsprogramms enthalten weitgehend konkrete Politikangebote und -alternativen der SV.

8 SV (Hg.): Arbeitsprogramm 2001-2005, Oslo 2001.

Die Schwerpunkte dieser zwölf Kapitel, die auf der Homepage der Partei in englischer Sprache zusammengefasst sind, lassen sich wie folgt skizzieren:

1. Die SV will zu einer Restrukturierung des öffentlichen Sektors beitragen, der nach der Politik der »Solidarischen Alternative« in den 1990er Jahren unter schweren finanziellen Druck geraten ist. Deshalb tritt die Partei für ein Programm öffentlicher Beschäftigung, für einen Ausbau der Einrichtungen des sozialen Sektors, des Ausbildungssektors und des kollektiven Nahverkehrs und insgesamt für eine keynesianische Wirtschaftspolitik ein. Der *Ölfonds* soll für diese Zwecke genutzt werden.

2. Die Steuerpolitik soll neben der Finanzierung einer anti-zyklischen Wirtschaftspolitik eine Umverteilung zugunsten der lohnabhängigen Einkommen ermöglichen. Mit ATTAC wird eng zusammengearbeitet, unter anderem wird die Tobin-Steuer gefordert. Ebenso spricht sich die SV gegen weitere Privatisierungen aus.

3. Ein besonderer Schwerpunkt der Partei ist die Politik für Kinder und Jugendliche. Sie tritt für eine Senkung der Eigenanteile in Kindertagesstätten und für den Ausbau dieser Institutionen ebenso ein wie für einen Ausbau von Ganztagschulen und eine Erneuerung der vorhandenen Schulbauten.

4. Als Partei der Ökologiebewegung ist die SV gegen einen weiteren Ausbau der Energiegewinnung aus nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen (Wasser- und Gaskraftwerke). Dieser Punkt im Programm ist ein wesentliches Problem in der Zusammenarbeit mit den norwegischen Industriegewerkschaften (insbesondere dem rechtssozialdemokratischen »Fellesforbundet« der Metall- und Werkstattindustrie), die der SV zum Teil eine »industriefeindliche« Politik vorwerfen.

5. Im auf der Homepage veröffentlichten kommunalpolitischen Programm tritt die SV für eine bessere Finanzierung der durch die Umverteilung der 1990er Jahre extrem geschwächten kommunalen Haushalte ein (SV 2003/2).

Alternativer Staatshaushalt (Alternativ Statsbudget)

Diese zentralen Politikbereiche sind auch Gegenstand des von der SV im Sommer vorgelegten »Alternativen Staatshaushaltes«. Investitionen werden in den Bereichen Kinderbetreuung, Schulen, Altenversorgung, bei den öffentlichen Verkehrsmitteln und in der Psychiatrie vorgeschlagen, zudem soll eine Steuerreform eine Umverteilung der Einkommen ermöglichen.

Insgesamt wirkt die »Alternative« der SV allerdings recht bescheiden. Bei einer für norwegische Verhältnisse Rekord-Erwerbs-

losigkeit von 110 000 (oder offiziell 5,5 Prozent, mit geringfügig Beschäftigten steigt die Zahl auf fast 8 Prozent) wirkt ein Beschäftigungsprogramm, das 20 000 Arbeitsplätze schaffen soll, nicht gerade überzeugend. Tatsächlich hält sich das »alternative Budget« der SV weitgehend an die Vorgaben der Regierung Bondevik, was den finanziellen Gesamtrahmen der Staatsausgaben betrifft und stellt vor allem eine Umverteilung von einem – insgesamt recht bescheidenen – Anteil der Ressourcen dar. In vorauseilendem Gehorsam gegenüber einer möglichen sozialliberalen Koalition gibt sich die Partei schon heute als »verantwortliche Kraft« (SV 2003/2).

Außen- und Europapolitik

Wie bereits geschildert spielte die Außenpolitik – mit dem Kampf gegen die NATO bzw. die EG als Gründungsanliegen von SF bzw. SV – traditionell eine zentrale Rolle für die norwegische neue Linke. Auch heute noch tritt die SV in ihrem Arbeitsprogramm für einen Austritt aus der NATO und eine neue sicherheitspolitische Konzeption sowie für eine Kürzung der Militärausgaben ein (SV 2003/1, Abschnitt 8).

Entsprechend dieser Zielsetzung war die SV neben der RV die einzige Partei, die sich klar gegen eine norwegische Beteiligung am US-Angriffkrieg gegen den Irak ausgesprochen hat. Nachdem die DNA, unter dem Eindruck einer für norwegische Verhältnisse ebenso gewaltigen wie kurzatmigen Antikriegsbewegung, der größten Massenbewegung in der norwegischen Nachkriegsgeschichte, im Frühjahr 2003 eine ähnliche Position vertreten hat, deutete sich ein historischer Bruch mit dem »sicherheitspolitischen Konsens« an, der die norwegische Politik seit der Befreiung von der deutschen Besatzungsherrschaft im Jahre 1945 geprägt hat (Ny Tid 2003, 3). Auch wenn im Sommer, nach dem »offiziellen« Kriegsende, mit dem Einverständnis der DNA einige hundert norwegische Soldaten zu sogenannten humanitären Aufgaben in den Irak entsandt wurden, bleibt unklar, wie sich der norwegische Staat zukünftig international positionieren werden wird.

Ironischerweise ist eines der Resultate der Antikriegsbewegung, dass die SV ihre strikte antimilitaristische Haltung zunehmend aufgibt und sich einem proeuropäischen Kurs zuwendet. Vor dem Hintergrund des gleichzeitigen Abschiedes der DNA von ihrem nach 1945 ausgeprägten proamerikanischen Kurs scheint diese Tendenzwende ein weiterer Baustein für eine Regierungsbeteiligung der Linkspartei zu sein. Der verteidigungspolitische Ausschuss der SV hat im Sommer in diesem Zusammenhang 2003 eine Stellungnahme erarbeitet, die die Parteigliederungen auffordert, ihre Position zur NATO zu überdenken. Die »Modernisierer« in der SV sehen die NATO als »Alternative zur USA«, als »weltweite zivilisatorische Macht«, die ohne Vorbehalte »gestärkt werden müsse« (Klassekampen, 10. Juni 2003). Hier kann ohne Zweifel von einem, durch eine neue Generation professioneller Politiker in der SV vorgebrachten, Erdrutsch in der SV-Politik gesprochen werden, der in seinen Ausmaßen (und auch in seinen Begründungszusammenhängen) etwa dem Wandel der Europapolitik der dänischen SF entspricht (vgl. Birke 2003/2). Ohne Zweifel kann hier auch von einer Annäherung

an »moderne« sozialdemokratische Positionen gesprochen werden, die bei einer eventuellen Regierungszusammenarbeit eine weiterhin wachsende Bedeutung bekommen werden. *Innerhalb* der Partei hat allerdings die Anti-NATO-Position (noch!) eine Mehrheit, wobei die Frage ist, ob die schwindende militärische Bedeutung der NATO die formale Gegnerschaft der SV nicht auch jenseits der geringen Bindungswirkung von Parteiprogrammen zu einer Randfrage machen wird.

Eine ganz ähnliche Entwicklung deutet sich auch in der EU-Politik, dem zweiten wichtigen außenpolitischen Gründungszusammenhang der SV, an: Die Kritik, dass die EU ein »neoliberales Projekt« ist, ist mittlerweile durch eine Kritik am »Demokratiedefizit« der EU-Institutionen ersetzt worden. Seitdem in Norwegen 1994 zum zweiten Male gegen eine Mitgliedschaft in der EU gestimmt wurde, sind die EFTA-Verträge so umformuliert worden, dass sie die Direktiven der EU zu 90 Prozent auch in Norwegen umsetzen. Die Politik der »solidarischen Alternative«, niedrige Zinsen, niedrige Inflation, Begrenzung des Haushaltsdefizits, entsprach mehr oder weniger den Vorgaben des Stabilitätspaktes – auch ohne, dass Norwegen EU-Mitglied war und ist. Die Kritik an diesem »Demokratiedefizit« öffnet einen Raum für eine EU-positive Stimmung, die innerhalb der SV gleichwohl immer noch mehr oder weniger »tabu« ist: Das Argument ist naheliegend, dass – auch wenn Norwegen weiterhin formal außerhalb der EU steht, aber die meisten ihrer Vorgaben übernimmt – es zu »mehr Mitbestimmung« führen würde und »Isolation« vermeiden würde, wenn man der EU beitrete. Das Argument wird ähnlich wie in der NATO-Diskussion durch eine eurochauvinistische Stimmung, die im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg ausgelöst wurde, gefördert – hierzu bekennen sich auch einzelne SV-Funktionäre (Klassekampen, 28. Juli 2003).

Auch in diesem Fall weicht allerdings die offizielle Programmatik der SV vom Stand des aktuellen Diskurses deutlich ab. Im Abschnitt 9 des Arbeitsprogramms wird immer noch die Kündigung oder wenigstens die Neudefinition der EFTA-Absprachen gefordert. Die starke Skepsis gegenüber der EU innerhalb der Parteibasis, die sich in den Formulierungen des Programms ausdrückt, ist nach wie vor eines der zentralen »Probleme«, die einer Regierungszusammenarbeit zwischen DNA einerseits, der SV und der ebenfalls euroskeptischen Zentrumspartei entgegen stehen könnte. Vorläufig erklären die beiden Frontfiguren von SP und SV lediglich, dass nach der Wahl des Jahres 2005 zunächst keine neue EU-Abstimmung stattfinden wird und in der EFTA-Frage der Status gewahrt werden wird (Dagsavisen, 21. Dezember 2003).

Die Änderung der politischen Ausrichtung der SV wird schließlich auch dadurch vorangetrieben, dass die Wählerbasis der Partei erheblich gewachsen ist. Während innerhalb der Parteimitgliedschaft nach wie vor eine klare Mehrheit an den programmatischen Vorstellungen, die auch 2001 noch einmal verabschiedet worden sind, festhält, ist die EU-Frage unter den Wählern weitaus umstrittener: Nach einer Umfrage vom Sommer 2003 hat die SV die meisten in der EU-Frage »unsicheren« Wähler von allen Parteien. Besonders im Gebiet um die Hauptstadt gibt es eine Mehrheit für den Beitritt zur EU auch unter den SV-Wählern (Klassekampen, 23. Juni 2003, 1 b).

Zusammenfassung

Auf den ersten Blick scheint die SV auf einer Welle des Erfolges zu schwimmen. Alle Wahlergebnisse seit den letzten Jahren weisen in dieselbe Richtung: Eine erstmalige Beteiligung an einer Linksregierung im Jahre 2005 scheint möglich zu sein.

Die Sozialdemokratie wird, nachdem sich innerhalb der Partei die »Modernisierer« durchgesetzt haben, jedoch nur dann zu einer solchen Koalition bereit sein, wenn die SV in der Zahl ihrer Mandate annähernd an das herankommt, was die Meinungsumfragen im vorigen Jahr versprochen haben. Dies ist jedoch ein höchst unsicherer Faktor. Bei der Verabschiedung des Haushaltes, unmittelbar nach der Kommunalwahl, hat sich die DNA jedenfalls für eine Zusammenarbeit nach »rechts« entschieden. Zwar konnte dadurch erreicht werden, dass die FrP erstmals für die Rechtsregierung als Mehrheitsbeschaffer verzichtbar wurde, dies jedoch zugunsten einer – historisch neuen – Zusammenarbeit mit den Konservativen (Høyre). Dabei wurden »die größten Einschnitte« im Staatshaushalt, die im ursprünglichen Forderungskatalog der Regierung anvisiert waren, zurück genommen und eine weitgehende Flexibilisierung des Kündigungsschutzes verhindert, gegen das in einzelnen Gewerkschaften bereits ein Generalstreik gefordert wurde. Die Kürzungen der Sozialleistungen im neuen Haushalt belaufen sich gleichwohl auf ca. 1500 Mio. NOK (ca. 200 Mio. €). Insgesamt verspricht die Zusammenarbeit der DNA mit Høyre weder die Perspektive eines »radikalen Reformismus« noch eine Abkehr von der New-Labour-Politik der 1990er Jahre.

Unter diesen Umständen könnte eine Regierungszusammenarbeit für die SV durchaus dazu führen, dass ihre bisherigen Möglichkeiten verschwinden, von der Krise der sozialdemokratischen Hegemonie zu profitieren. Wenn die SV die Linie der »modernen« Sozialdemokratie weitgehend kampflos akzeptieren würde, dann wird die Kritik von Seiten der Gewerkschaftslinken und der sozialpolitischen Opposition, die u. a. in der »Aktion für den Wohlfahrtsstaat« zusammengefasst sind, sicherlich nicht ausbleiben. Ähnliches gilt für die außenpolitischen Fragen. Zwar stieg die Beliebtheit der SV 2003 im Zusammenhang der kurzfristigen, aber sehr vehementen Proteste gegen den Irak-Krieg. Die Antikriegsbewegung ist jedoch keineswegs eindeutig »eurochauvinistisch« gewesen, und die Abkehr der SV von kritischen Positionen zu NATO und EG hat bereits jetzt zu Kritik aus der antimilitaristischen Bewegung geführt.

Nicht zu vergessen ist schließlich, dass es in Norwegen eine weitere linke parlamentarische Gruppierung gibt – die »rote Wahlallianz« – die es u. U. vermöchte, sich als entschiedene Opposition zur neoliberalen Politik zu platzieren, auch wenn ein weiteres Anwachsen der schon jetzt beängstigend starken rechtspopulistischen FrP eine wahrscheinlichere Auswirkung einer Mitte-Links-Koalition wäre, in der faktisch das »Sparschwein« regierte.

Literatur*Buchveröffentlichungen und wissenschaftliche Literatur*

- Brie, Michael (Hg.): Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien. Internationaler Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Manuskripte 41), Berlin 2003.
- Christensen, Dag Arne: Venstresosialistisk EU politikk: Ei analyse av Sosialistisk Vernstreparti i Noreg, Vänsterpartiet i Sverige og Socialistisk Folkeparti i Danmark, 1973-1997, phd., manuskript, Bergen 1998 (= Linksozialistische EU-Politik, eine Analyse...).
- Dølvik, Jon Erik, Stokke, Torgeir Aarvaag: Norway – the Revival of Centralized Concertation, in: Ferner/Hyman, Changing Industrial Relations in Europe, Oxford 1998, pp. 118-146.
- Kjeldstadli, Kurt (Hg.), Aschenhougs norgehistorie, Oslo 1997, bind 12: 1970-1990 (= Geschichte Norwegens).
- Ders. und Victor Keul: DNA – fra folkebevægelse til statsstøtte, Oslo 1973 (= „von der Volksbewegung zur Staatsstütze“).
- Melve, Jørgen: Venstresosialistiske partistrategier – ein analyse av den strategiske åtfærd til Vänsterpartiet i Sverige, SF i Danmark og SV i Noreg, Hovedopgave Uni Bergen, Manus (= Linksozialistische Parteistrategien – eine Analyse der strategischen Ausrichtung der skandinavischen Linksparteien).
- PAX (Hg.), Lexikon, Oslo 1978.
- Seip, Anne Lise: Veiene til velferdsstaten: norsk sosialpolitikk 1920-1975, Oslo 1994 (= Wege zum Wohlfahrtsstaat, Norwegische Sozialpolitik).

Artikel: Veröffentlichungen in Zeitschriften und Manuskripte

- Birke, Peter: Streiks in Norwegen brechen mit Bündnis für Arbeit, in: analyse und kritik, Hamburg, Juni 2000.
- Ders.: »Wir sind die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts«, Rechtsparteien in Dänemark, in: UTOPIE kreativ, Heft 156 (Oktober 2003), S. 885-898.
- Ders.: Skizze zu Geschichte, Programmatik und aktueller Politik der linksozialistischen Parteien in Dänemark: Socialistisk Folkeparti und Enhedslisten, erstellt im Auftrag der »Projektgruppe Politikanalyse« der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskript, Hamburg, September 2003/2.
- Christensen, Dag Arne: The Left-Wing Opposition in Denmark, Norway and Sweden: Cases of Euro-Phobia?, in: West European Politics Vol. 19, 3/1996, pp. 525-546.
- Ders.: Foreign Policy Objectives: Left-Socialist Opposition in Denmark, Norway and Sweden, in: Scandinavian Political Studies, 1/1998, pp. 51-70.
- UNDP (Hg.), Human Development Report, New York 2002.
- Wahl, Asbjørn und Gunnhild Ørstavik, The Current Undermining of the Welfare State, Manuskript, in: www.velferdsstaten.no/english, Oslo 2003 (1).
- Ders.: Broad Alliance for the Welfare State, Manuskript, in: www.velferdsstaten.no/english, Oslo 2003 (2).

Tages- und Wochenzeitungen

- Dagsavisen, 21. 12. 2003: SV og SV vil parkere EØS-motstanden (= SV und SP wollen den Widerstand gegen die EFTA zurückstellen).
- E-avisen Nationen, 13. 11. 2003, Bunnnivå for regjeringen (= Die Regierung hat ihren Tiefpunkt erreicht).
- Klassekampen, 10. 6. 2003 (1), Vil SV har inn i NATO (= Will, dass die SV in die NATO eintritt).
- Dies., 23. 6. 2003 (1b): Fleire usikre om EU (= Immer mehr unsicher bezüglich der EU).
- Dies., 28. 7. 2003 (2), EU kann blive en supermakt i solidaritet med verden (= Die EU kann eine Supermacht in der Solidarität mit der Welt werden).
- Ny Tid, 20.9.2003 (1), SV får færre ordførere end ventet (= Die SV bekommt weniger Bürgermeister als erwartet).
- Dies.: 13. 12. 2003 (3), Konsensusen er brutt = Der Konsens ist gebrochen).
- Dies.: 25. 10. 2003 (2), Samling til venstre (= Linke Vereinigungsbemühungen).
- Tromsø Avis, 10. 3. 2003, Tidernes SV-landsmøte (= Eine historische SV-Landeskonferenz).

Veröffentlichungen der Partei

- SV (Hg.), Folkemagt mot pengemakt, Arbeidsprogram 2001-2005, Oslo 2001.
- Dies.: Arbeid og rettferdighet, SVs alternative statsbudsjett for 2004, Oslo 2003 (1).
- Dies.: Electoral platform, in: www.sv.no/hvem, Oslo 2003 (2).

Web

- www.resultat.valg.no: Resultate der Wahlen in Norwegen.
- www.su.no ist die Seite der Sosialistisk Ungdoms Front, dem der SV nahe stehenden Jugendverband.
- www.sv.no ist die Webseite der SV, mit englisch- und spanischsprachigen Informationen.
- www.velferdsstaten.no ist die Homepage der Aktsjon For Velferdsstaten (= Aktion für den Wohlfahrtsstaat).